





DER AUTOMATISCHE LEVIATHAN

:KYBERNETIK UND POLITIK IN DEN

NACHKRIEGSSCHRIFTEN VON CARL SCHMITT

Mashines / 2024-03-29 / Feind, Kybernetik, Maschine, Staat / Von Cli Ché

Nicolas Guilhot

Souverän ist, wer über die höchste Wirksamheit der in einer Gesellschaft angewandten wissenschaftlich-technischen Mittel verfügt.
[Der Souverän ist derjenige, dem die wirksamsten technisch-wissenschaftlichen Mittel, die in einer Gesellschaft eingesetzt werden, zur Verfügung stehen].
Helmut Schelsky, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, 1961.

Von Trollarmeen zu motorisierten Partisanen

Die Rolle neuer Technologien und insbesondere sozialer Netzwerke im jüngsten populistischen Aufschwung wirft erneut die Frage nach der Beziehung zwischen Politik und Technologie auf. Der strategische Einsatz digitaler Vernetzungstechnologien oder die selektive Aufrüstung mit Transparenz zum Zweck der Massenmanipulation stellt sicherlich eine brutale Widerlegung der irenischen Visionen vom Internet als der Eröffnung einer transparenten Welt des sofort und universell zugänglichen Wissens dar, die es Millionen von Nutzern ermöglicht, zu aufgeklärten Entscheidungsträgern in einer offenen Demokratie zu werden. Weit davon entfernt, uns von den medialen Zwängen der modernen politischen Repräsentation und der Zentralisierung der Entscheidungsfindung zu befreien, haben die neuen Technologien auch neue Formen der Herrschaft und Macht möglich gemacht. Begriffe wie “Cyberkrieg” oder “Trollarmeen” deuten auf hybride Verflechtungen von selbstregulierenden Cyberumgebungen einerseits und

vertikalen politischen Kommandos und souveränen Ordnungen andererseits hin. Es scheint auch eine eigene Politik für diese neuen Formen des technologischen Engagements zu geben: Meist geht sie von politischen Kräften aus, die vorgeben, die staatliche Souveränität gegen die entpolitisierende Macht der globalen Märkte und der transnationalen Zirkulation zu verteidigen oder wiederherzustellen. Mit anderen Worten: Heute scheint die Autonomie der Politik mit den verteilten soziotechnischen Netzwerken vollkommen vereinbar zu sein.

Wie können wir diese neuen technopolitischen Zusammenstellungen interpretieren? Wie haben sie die traditionelle Artikulation von Politik und Technologie umgestaltet? Einige Symptome dieser Transformation spiegeln sich in den sich wandelnden kulturellen Erzählungen wider, die den Hacker umgeben. Ursprünglich mit der Gegenkultur der 1960er Jahre und der Verteidigung digitaler Gemeingüter gegen den Staat und private Eigentumsrechte verbunden, wurden Hacker in das Kraftfeld der Großmachtpolitik hineingezogen und als Irreguläre eingesetzt, die für die politische Infiltration und die Manipulation der öffentlichen Meinung zuständig sind. Die Beschreibung dieser Infanteristen der heutigen Cyberkriege scheint vor langer Zeit von Carl Schmitt in seiner Analyse der Transformation des Partisanen unter den Bedingungen der technologischen Globalisierung geliefert worden zu sein: Aus seiner Heimat entwurzelt und “an ein Informationsnetz angeschlossen”, wurde der “motorisierte” Partisan von den “mächtigen Zentralstellen der Weltpolitik” in offenen und geheimen Kriegen eingesetzt. Er war eine Schachfigur, die von ihren Fernmanipulatoren, die ihn als “Techniker des unsichtbaren Kampfes, als Saboteur und Spion” (Schmitt 2007a: 76, 22) einsetzten, auf den Welttheatern opportunistisch aktiviert und eingesetzt wurde.

Wenn Schmitts Schriften über Politik und Technologie heute als relevant angesehen werden, dann deshalb, weil sie für eine Reihe von politischen Denkern

einen Weg aufzuzeigen scheinen, der entpolitisierenden Kraft der in der Technologie verankerten administrativen und wirtschaftlichen Rationalitäten entgegenzuwirken. Wenn die Souveränität über viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in ausgedehnten soziotechnischen Netzwerken zu verwässern scheint, wie kann sich das Politische dann wieder behaupten? Kann man noch politische Entscheidungen treffen, wenn ausgeklügelte Technologien alle Entscheidungsfindungen medialisieren?

Dennoch sollte die zentrale Rolle dieser Technologien bei den jüngsten Wahlsiegen der politischen Kräfte, die behaupten, die Souveränität des Staates und die Autonomie der Politik zu bekräftigen, diejenigen zum Nachdenken anregen, die die Schmittianischen Dichotomien wörtlich nehmen, anstatt sie als ausgefeilte politische Rhetorik zu betrachten. Dieser Artikel stellt die Relevanz von Schmitts Verständnis des technopolitischen Zusammenhangs in Frage und warnt gleichzeitig vor den heutigen Aufrufen zur Wiederherstellung einer angeblich durch Technologie oder Wirtschaft ausgehöhlten politischen Kapazität. Nicht nur, dass diese Appelle oft in die politische Theologie und ein reaktionäres Streben nach einem deus ex machina abdriften,sondern was ihnen entgeht, ist, dass Schmitt nicht erkennen konnte, wie sehr die Industriegesellschaften der Nachkriegszeit ihren technologischen Apparat gerade zur Stärkung der Autonomie des Politischen, die er so vehement verteidigte, eingesetzt hatten[1]. Trotz manchmal scharfer Einsichten blieb Schmitts Behandlung der Technologie in den 1960er und 1970er Jahren letztlich durch den konzeptionellen Rahmen bedingt, den er aus den 1930er Jahren geerbt hatte, und erfasste die Rolle kybernetischer Entscheidungssysteme in der modernen Gesellschaft nicht angemessen. Dies verdirbt letztlich jeden Versuch, in Schmitts politischer Theorie nach Möglichkeiten zu suchen, der Regulierung des gesellschaftlichen Lebens durch automatisierte Entscheidungsfindungssysteme, die offenbar keiner erkennbaren Form souveräner Macht zugeordnet werden können,

entgegenzuwirken: Schmitts verzweifelte Bemühungen, die Politik von der Technologie zu trennen, ergaben sich aus der Tatsache, dass beide unaufhaltsam miteinander verschmolzen sind und sich gegenseitig stützen, und verdeckten sie zugleich. Ich analysiere Schmitts Schriften aus den 1960er und 1970er Jahren, einer Zeit, in der die Frage nach dem Platz und den Formen des Politischen in einer Welt, die zunehmend durch technische und industrielle Mittel vereinheitlicht wurde, ein wiederkehrendes Thema in seinen Überlegungen und Beiträgen war. Ich interessiere mich insbesondere für die wenigen gelegentlichen Beobachtungen, die er im Zusammenhang mit der Kybernetik und der Spieltheorie machte. Die Frage nach kybernetischen Systemen (und anderen algorithmischen Technologien der Entscheidungsfindung wie der Spieltheorie) ist wichtig, weil sie die Spannung zwischen Politik und Technologie verschärft, die im Mittelpunkt von Schmitts Argumentation stand. Die Kybernetik ist nicht nur eine besonders fortschrittliche Form der Technologie; sie ist eine Form der Technologie, die der Politik sehr nahe steht. In vielerlei Hinsicht ähneln kybernetische Systeme staatlichen Maschinerien und funktionieren so, als würde jemand Entscheidungen treffen: Sie neutralisieren interne Konflikte, reagieren auf die äußere Umgebung auf der Grundlage einer bereits bestehenden Orientierung, bemühen sich um ihr Überleben und scheinen Entscheidungen zu generieren. Κυβέρνησις ist wohl eine der ältesten Quellen von Metaphern für die Regierung: Lenken im Sinne von ein Ruder halten, das Staatsschiff, die manus gubernatoris, und so weiter und so fort. Die Kybernetik scheint sich in der Tat mit der Politik zu überschneiden. Andererseits war die Vorstellung, dass das Politische eine autonome Sphäre darstellt, historisch gesehen die eigentliche Grundlage, auf der die Politik eine rationale und technische Form annimmt (z. B. die moderne Politikwissenschaft). Es ist kein Zufall, dass reaktionäre Denker häufig die Ansicht vertraten, dass Politik weniger eine soziale als vielmehr eine rein technische Aktivität sei (Malaparte, 2011).

Schitt selbst hatte zuvor die Autonomie des Politischen, die sich in der Institution der Diktatur ausdrückte, als ausschließlich von technischen Mitteln und Effizienz betroffen definiert (Schmitt, 2014:8). Letztendlich war Schmitts "Dezisionismus" so neutral und inhaltsunabhängig wie die Technologie selbst (Löwith, 1995).

Es war genau diese Symmetrie und Austauschbarkeit, die die kybernetischen Technologien für Schmitts Konzept der Politik so bedrohlich machte. Während einige Epigonen Schmitts, wie Helmut Schelsky, spürten, dass die moderne Souveränität durch die Allgegenwart technischer Systeme verändert wurde, versuchte Schmitt schließlich, die Politik außerhalb und über den soziotechnischen Netzwerken anzusiedeln, die ihr ihre neue Stütze lieferten. Er gab nie die Existenz des Politischen als grundlegende Dimension des menschlichen Lebens auf, die zwar von der Technologie bedroht war, aber niemals vollständig von ihr verdrängt werden konnte. Sein Vertrauen in die Widerstandsfähigkeit seines eigenen Konzepts des Politischen war gerade deshalb möglich, weil er es sowohl durch seine Autonomie als auch durch seine Fähigkeit definierte, jede beliebige soziale Sphäre zu durchdringen, einschließlich der Technologie. Folglich konnte er die Technologie sowohl als unpolitisch als auch als scheinbar neutrale Maske einer bestimmten Politik betrachten. Wenn die technisch-industrielle Globalisierung keine entpolitisierende Kraft ist, dann deshalb, weil sie nichts anderes ist als eine Politik, die allen Politiken ein Ende setzt – eine liberale Form der Politik, die als solche auf politischen Widerstand stößt. In diesem wie auch in anderen Bereichen ist dies eine von Schmitts emblematischen Gesten[2].

Ich untersuche Schmitts evolutionäre und manchmal elliptische Überlegungen zu diesem Thema, indem ich zunächst die sich wandelnde Beziehung zwischen Politik und Technologie in der Nachkriegszeit rekonstruiere, wie sie in Schmitts Analyse des Partisanen inszeniert wurde. Dann gehe ich zu Schmitts Bemühungen

über, eine Definition von Politik als souveräne Entscheidungsfindung zu retten, die von kybernetischen Systemen nicht toleriert werden kann, wobei ich Hobbes als bevorzugtes Terrain benutze, um dieses Argument zu führen. Schließlich schlage ich vor, dass das ständige Bemühen, die Technologie gegen die Politik auszuspielen, das ist, was Schmitt davon abhielt zu erkennen, wie sehr die Entscheidungswissenschaften der Nachkriegszeit tatsächlich damit beauftragt waren, die Autonomie der Politik zu stärken, insbesondere nach den sozialen Umwälzungen der 1960er Jahre, als die Kybernetik als wirksame Antwort auf die soziale Überforderung des Staates angesehen wurde.

Schmitts vernetzter Partisan: Politik im globalen technisch-industriellen Zeitalter.

Die Theorie des Partisanen entstand aus zwei Vorträgen, die Schmitt 1962 in Spanien hielt. Der Untertitel, Intermediate Commentary on the Concept of the Political (Zwischenkommentar zum Begriff des Politischen), stellt die Diskussion in die Kontinuität von Schmitts Dissertation aus der Zwischenkriegszeit über die Bedeutung des Politischen[3]. Das Werk behandelte zwar Militärgeschichte, -strategie und -philosophie sowie die rechtlichen und administrativen Aspekte des Parteigeistes, war aber auch eine Reflexion über den Wandel der Politik im Zeitalter des Modernismus, des Industrialismus, der Technologie und der weltweiten ideologischen Konflikte. In seiner klassischen Instanziierung veranschaulichte der Partisan, der sein Land gegen das Eindringen fremder Invasoren und regulärer, mit universalistischen Ideologien bewaffneter Armeen verteidigte, das Wesen der Politik als Unterscheidung zwischen Freund und Feind, die einen konkreten politischen Raum definiert, im Gegensatz zu abstrakten und rationalistischen Ideologien. Der Partisan zeichnete sich laut Schmitt durch vier charakteristische Merkmale aus. Erstens war er ein Irregulärer, der sich von der Regelmäßigkeit der Armeen, die als technisierte Organisationen verstanden wurden, unterschied. Zweitens zeichnete sich der Partisan durch die Intensität

seines politischen Engagements aus: Er definierte sich durch seine Parteilichkeit und durch die ausschließlich politische Unterscheidung, die er zwischen Freund und Feind traf. Drittens stellte der Partisan eine mobile und flexible Kraft dar, die je nach Situation in den Kampf ein- und austrat. Viertens und ganz entscheidend: Der Partisan war "tellurisch" in dem Sinne, dass er an die Verteidigung seiner Heimat gebunden war; sein politisches Engagement war konkret, räumlich definiert, und seine Feindseligkeit war daher durch diesen Raum begrenzt und eingegrenzt. Sein politisches Engagement war konkret, räumlich definiert, und seine Feindseligkeit war daher durch diesen Raum begrenzt und abgegrenzt. Es war auch in entscheidender Weise defensiver Natur; der Partisan war ein Widerstandskämpfer. Mit anderen Worten: Der Partisan konzentrierte einige der grundlegenden Merkmale von Schmitts Politikbegriff in einer individuellen Figur: die räumliche Konkretheit, die begrenzte Natur der Feindschaft und die Freund-Feind-Unterscheidung. Das Schicksal des Partisanen in der modernen Welt, das prima facie das Thema des Buches war, muss auch als das Schicksal von Schmitts Konzept der Politik im Zeitalter des Sputniks verstanden werden.

Die tellurische Natur des Partisanen, sein Widerspruch zur technischen Regelmäßigkeit organisierter Armeen, machen ihn zu einer veralteten Figur, die in einer globalisierten technisch-industriellen Welt Gefahr läuft, überholt zu werden. Das Schicksal des Partisanen in der Neuzeit spiegelte und drückte das Schicksal des Politischen in einer Industriegesellschaft aus, in der das Politische durch die nihilistischen und neutralisierenden Kräfte der Technologie ausgehöhlt wurde. In diesem aufkommenden Kontext, so schreibt Schmitt, "erscheint der ehemalige Partisan komisch" (Schmitt 2007a: 76). Wenn die innere, immanente Rationalität und Regelmäßigkeit der vollständig organisierten technologischen Welt erreicht ist, ist der Partisan vielleicht nur noch ein Ärgernis. Er war im Wesentlichen eine Seltsamkeit, ein Relikt der Vergangenheit, das dazu bestimmt war, zu

verschwinden, schreibt Schmitt in einer brutalen Formulierung, “wie ein Hund auf der Autobahn” (ebd.: 77).

Schmitts Diagnose der Krise des Politischen in der technisch-industriellen Gesellschaft war nicht besonders originell, und man kann ähnliche Analysen im Mainstream der zeitgenössischen Sozialwissenschaften finden. In Das Ende der Ideologie beispielsweise hatte der Soziologe Daniel Bell bereits ein ähnliches Argument entwickelt: Die Politik ist in den Industriegesellschaften, in denen die intensive politische Spaltung einem allgemeinen Konsens gewichen ist, im Niedergang begriffen. Selbst die Spaltung zwischen Ost und West, die durch die Konfrontation der beiden Weltmächte dramatisiert wurde, verbarg eine tiefere Konvergenz. Das Politische war in neue Räume gewandert, in ehemalige Kolonien, in denen revolutionäre und modernisierende Ideologien in voller Blüte standen, “insbesondere die Ideologien der Industrialisierung, der Modernisierung, des Panarabismus, der Hautfarbe und des Nationalismus” (Bell 2000: 403). Als Schmitt über die Verlagerung der politisierten Partisanentätigkeit in koloniale Räume schrieb, leistete er keine Pionierarbeit. Er war auch nicht der einzige reaktionäre Denker, der sich dem Partisanentum zuwandte, um die entmenschlichende Herrschaft der Technologie und den Rückzug der Politik in den 1960er Jahren zu beklagen. Ernst Jünger hatte zwei Pamphlete veröffentlicht, Der Waldgang (1951 veröffentlicht und später unter dem Titel The Forest Passage ins Englische übersetzt) und Der Weltstaat (1960), die sich mit den Themen Politik, Widerstand und Technologie im Zusammenhang mit dem Verschwinden der alten europäischen Ordnung befassten. Angesichts der wachsenden technologischen Macht des Staates nahm Jünger den Partisan als Symbol für die Verteidigung der individuellen Freiheit an, der sich in den Urwald zurückzog. Schließlich scheint er in Der Weltstaat die Unausweichlichkeit der technischen Vereinheitlichung der Welt zu akzeptieren und die Entstehung eines entmilitarisierten Weltstaates vorwegzunehmen, in dem die Politik völlig

verschwunden wäre (Jünger, 1960: 73-5). Die Theorie des Partisanen bezieht sich auch explizit auf ein anderes, von Jünger inspiriertes Buch:Der Partisan. Ein Beitrag zur politischen Anthropologie (1961).

Laut Schmitt, der dieses Buch lobte, “sah Schroers [...] [im] Partisan den letzten Widerstand gegen den Nihilismus einer vollständig technologisierten Welt, den letzten Verteidiger der Art und des Bodens und letztlich den letzten Menschen”. Der Partisan, die letzte Zuflucht des Politischen in einer von Technologie und Industrie beherrschten Welt, war also ein Topos der politischen Reaktion der Nachkriegszeit. Was die Theorie des Partisanen jedoch vom Rest dieser konservativen Literatur unterscheidet, ist Schmitts Weigerung, den Partisanen ausschließlich als eine Restfigur zu betrachten, die unweigerlich verschwindet, wenn die Welt immer mehr durch den technologischen Fortschritt vereinheitlicht wird. In der politischen Natur der Partisanengewalt sah Schmitt den Kern einer Entwicklung, die in der Nachkriegszeit zentral wurde. Während in der klassischen europäischen Ordnung der Partisan am Rande eines begrenzten Krieges eingesetzt worden war, in Klammern zwischen Staaten, die sich nicht in absoluter Feindschaft kannten, in einem Zeitalter revolutionärer Ideologien, das durch das Verschwinden staatlicher Souveränität und die Vereinheitlichung der Welt durch Technologie (und insbesondere durch die Bedrohung der nuklearen Vernichtung) gekennzeichnet war, wurde der Partisan zur zentralen Figur des politischen Krieges und rückte in den Mittelpunkt dessen, was Schmitt in seinen damaligen Schriften als “Weltbürgerkrieg” beschrieb. Die technisch-industrielle Vereinheitlichung der Welt machte den Partisanen keineswegs bedeutungslos, sondern absolut zentral, während sie gleichzeitig die Bedingungen für ungehinderte politische Gewalt schuf.

Schmitt führt damit die Möglichkeit ein, dass sich der Partisan in einen technologischen, deterritorialisierten, “motorisierten” Partisan verwandelt. Der

Partisan könnte untrennbar mit einer primären Dimension des menschlichen Lebens verbunden sein, die durch die Technologie bedroht wird, "aber was würde passieren, wenn es diesem Menschentyp, der bislang den Partisan hervorgebracht hat, gelänge, sich an die technisch-industrielle Umgebung anzupassen? Die Aufnahme des Partisanen in die technisch-industrielle Planetenordnung ist Schmitts zentrale Annahme. Anders als Jüngers Widerstandskämpfer im Wald oder Schroers' politisches Fossil im Werden eilt Schmitts motorisierter Partisan zu neuen Frontlinien, indem er sich in die technisch-rationale Ordnung hineinziehen lässt; er ist "an ein Informationsnetz mit geheimen Sendern und Radaren angeschlossen" (Schmitt, 2007a: 76). In dieser Transformation hat er seine politischen Attribute nicht verloren. Er mag von technischen Versorgungssystemen und politischer Patronage abhängig sein, aber im gesättigten Raum des globalen Kalten Krieges haben diese komplexen Machtspiele wieder Raum für politische Agency eröffnet: "Wenn mehrere interessierte Dritte gleichzeitig involviert sind, dann hat der Partisan Raum für seine eigene Politik" (ebd.: 75). In einer Welt soziotechnischer Regelmäßigkeiten blieb er ein Irregulärer, der auf der Grundlage absoluter Unterscheidungen zwischen Freund und Feind agierte, die keine Grenzen oder Haken kannten. Der motorisierte Partisan war der Politiker, der sich im Herzen der technisch-industriellen Ordnung versteckte.

Die 1960er und 1970er Jahre waren für Schmitt also keine Zeit der Entpolitisierung und Neutralisierung. In dieser Zeit wurde das Politische in neue Räume verlagert, sei es in den postkolonialen Raum oder sogar in den außeratmosphärischen Raum, auf den er sich im gesamten Buch bezieht, wenn er die Politik Maos oder die Möglichkeit von "Kosmo-Partisanen" diskutiert. Die Theorie des Partisanen und andere Texte aus demselben Zeitraum deuten also auf einen Bruch mit Schmitts früheren Überlegungen zum Ende des Politischen hin. In den 1930er Jahren enthielt Der Begriff des Politischen die Idee einer

vollständigen Entpolitisierung: “Wenn [...] die Unterscheidung zwischen Freund und Feind auch nur als bloße Möglichkeit aufhört, wird es nur eine Weltanschauung geben, eine Kultur, eine Zivilisation, eine Wirtschaft, eine Moral, ein Recht, eine Kunst, eine Unterhaltung usw., ohne Politik, aber es wird weder Politik noch Staat geben” (Schmitt, 2007b: 53, 54). Schmitt lehnt diese Perspektive nun ab und versucht, das Wesen des Politischen wieder in die technisch-industrielle Gegenwart einzuschreiben. Sein motorisierter Partisan diente genau diesem Zweck: Er war ein Rädchen in der Maschinerie des technologisch vereinheitlichten und vermeintlich befriedeten Weltstaats. Unabhängig vom Grad der technologischen Integration der Welt bleibt diese politisch.

Allein die Existenz des motorisierten Partisanen war ein Beweis dafür, dass nicht alle Fragen des technisch-industriellen Zeitalters auf die Ebene des Rationalismus und der Technologie verlagert und auf dieser Ebene gelöst werden konnten. Vielmehr eröffnete der technische Fortschritt neue Räume der Aneignung und Verteilung, die Möglichkeit neuer Nomoi, “und intensivierte damit nur die alten Fragen” (Schmitt, 2007a: 80). Schmitt bestand darauf, dass der Rahmen, den er in den 1930er Jahren entworfen hatte, immer noch gültig sei. Seine Einleitung zur italienischen Ausgabe des Konzepts des Politischen von 1971 machte diese Behauptung explizit. Der technologische Fortschritt, so schrieb er, könne durchaus automatisch und unmittelbar seine eigenen ideologischen Rechtfertigungen hervorbringen; er könne durchaus immer größere Erwartungen wecken, “alle Politik zu beenden”; er könne die Menschheit als eine “einheitliche, grundsätzlich befriedete Gesellschaft” betrachten, in der “Feinde nicht mehr existieren, sondern zu Konfliktpartnern geworden sind; und die Weltpolitik muss durch die Weltpolizei ersetzt werden”. Dennoch: “Die heutige Welt und die moderne Menschheit sind von einer politischen Einheit noch sehr weit entfernt. Die Polizei ist nicht unpolitisch”. Die Technologie hat sowohl die Beschränkungen

der politischen Feindschaft aufgehoben als auch die politische Gewalt in eine zunehmend einheitliche Weltgesellschaft verlagert, wo sie die Form von innerer Gewalt und Partisanentum angenommen hat: “Die Weltpolitik ist eine sehr intensive Politik, die dem Willen zum Paninterventionismus entspringt; sie ist eine besondere Form der Politik und gewiss nicht die angenehmste, nämlich die Politik des Weltbürgerkriegs” (Schmitt 1988, S. 272).

Die Beibehaltung des Grundrahmens des Konzepts des Politischen oder dessen, was Schmitt als die “alten Fragen” bezeichnete, bedeutete, das Selbstbild der technisch-industriellen Gesellschaft als entpolitisierte Gesellschaft mit Misstrauen zu betrachten. Die Theorie des Partisanen enthielt eine skeptische Sicht auf die Idee, dass die Rationalisierung des gesellschaftlichen Lebens unter technisch-industriellen Bedingungen den Raum des Politischen allmählich verkleinert und den Weg zu seinem völligen Verschwinden ebnet. Nur eine blinde und unkritische Akzeptanz der Rede der Modernisierungstheoretiker kann den Eindruck eines drohenden Endes des Politischen erwecken und die Unterscheidung seiner sich entwickelnden Formen verhindern. Erst “wenn die innere und immanente Rationalität und Regelmäßigkeit der vollständig organisierten technologischen Welt in der optimistischen Meinung erreicht worden ist ...”, “wird der Partisan [zum] Politiker. [Der Partisan] wird vielleicht nur noch ein Ärgernis sein”. Für Schmitt ist eine solche Meinung jedoch nichts anderes als eine “technologiegetriebene Phantasie”. Eine ernsthaftere – und pessimistischere – Vision sah neben dem pessimistischsten Szenario der atomaren Vernichtung die Möglichkeit eines “begrenzten und eingeklammerten Kriegsspielraums”, d. h. einer neuen Form der Politik, vor (Schmitt 2007a: 77-9).

Die Hobbessche Kybernetik

Obwohl er diese in einer globalisierten Welt mit technologischen Mitteln geschaffenen politischen Räume anerkannte, blieb Schmitt sehr vorsichtig, was die Formen der Politik betraf, die sie ermöglichen konnten, und war der Ansicht, dass sie nicht die Art von grundlegenden Entscheidungen beinhalteten, die echte Politik definierten. Was ihn von anderen konservativen Kritikern der technologischen Moderne unterscheidet, ist seine Weigerung zu akzeptieren, dass die Politik völlig verschwinden könnte.

In seinen Schriften aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hatte Schmitt beklagt, dass die Entwicklung des liberalen Staates die klassischen Konzepte der Politik ausgehöhlt habe. Das Recht wurde durch Verordnungen und Maßnahmen ersetzt; soziale und wirtschaftliche Interessen zersetzten die gesetzgebende Kraft des Staates; der demokratische Pluralismus gefährdete die Ordnungsmacht des Leviathan. Diese Denkrichtung inspirierte die konservativsten Strömungen der deutschen Soziologie der Nachkriegszeit und wurde insbesondere von Helmut Schelsky und später von seinem Schüler Niklas Luhmann weiterentwickelt. In Weiterentwicklung von Schmitts Konzept der Politik hatte Schelsky vorgeschlagen, dass Souveränität nicht mehr die Fähigkeit sei, über Ausnahmen zu entscheiden; in der Industriegesellschaft sei sie mit der Entfaltung technologischer Vermögenswerte verschmolzen. Doch, so Schelsky, moderne technische Systeme generieren ihre eigenen Lösungen und schreiben Entscheidungen vor; die Souveränität wird schließlich in diesen soziotechnischen Netzwerken verwässert. Die Politik als Entscheidung ist einfach verschwunden, und jede Rede über eine politische “Entscheidung” kann nur metaphorisch sein. In diesem Zusammenhang, so fragt sich Schelsky, “was ist noch ‘politisch'”? Wer repräsentierte diese neue “Staatsräson”? Wer war der “Staatsmann des technischen Staates”? Die moderne Technologie hat den Bedarf an Legitimität beseitigt und wurde sofort entpolitisiert: Es wird regiert, “während [die Technologie] funktioniert und nur solange sie optimal funktioniert”. Die

Technologie, so Schelsky weiter, “[brauchte] keine anderen Entscheidungen als die über die technischen Prinzipien”. Folglich war der Staatsmann des technischen Staates kein “Entscheider” oder “Führer”, sondern vielmehr ein Analytiker, Konstrukteur, Planer und Ausführender. In diesem Rahmen wurde die Politik im Sinne der normativen Willensbildung grundsätzlich aus diesem Raum entfernt und zu einer bloßen Ressource für die Unvollkommenheiten des “technischen Staates” degradiert (Schelsky, 1961: 25). Das Ergebnis war das allmähliche Verschwinden des Politischen, verstanden als die Fähigkeit zu entscheiden: “Je besser die Technik und die Wissenschaft, desto enger ist der Raum für politische Entscheidungen” (ebd.: 28). Entscheidungen wurden zu abhängigen Variablen, die vollständig von der internen Funktionsweise des technischen Systems bestimmt werden und keine Form von Souveränität ausdrücken, die über oder jenseits des Systems angesiedelt ist.

Dies mag ein soziologischer Riff auf Schmitts frühere Positionen gewesen sein, aber für Schmitt war diese Beschreibung nicht mehr zeitgemäß. Er bezog sich etwas abfällig auf Schelsky im Zusammenhang mit einem zusammenfassenden Essay, der sich mit den neueren Hobbes-Interpretationen befasste (Schmitt, 1965). Schelsky selbst hatte seine Habilitationsschrift von 1939 über Hobbes geschrieben, als er noch ein junger Nazi-Aktivist war[4]. Vielleicht noch wichtiger: In den 1960er Jahren bot Hobbes einen fruchtbaren Boden, um über die Verbindung von Industriegesellschaft und politischer Entscheidung nachzudenken. Es ist nicht überraschend, dass sich Schmitts Auseinandersetzung mit Hobbes radikal von seiner früheren Interpretation entfernt. 1938 hatte er Hobbes vorgeworfen, ein mechanisches Symbol für den Staat gewählt und damit versagt zu haben, einen politischen Mythos zu produzieren, der den Gehorsam über die bloße rationale Argumentation hinaus befiehlt (Müller, 2010). In einer völligen Umkehrung sah Schmitt 1965 in Hobbes einen politischen Theologen, der das Politische rettete, indem er die Seele des Staates außerhalb und über seinem

technischen, maschinenähnlichen Körper ansiedelte. Was Hobbes' Autorität des Souveräns verbindlich machte, war nicht ihre Vernünftigkeit, sondern ihre Fähigkeit, nach dem Vorbild von Gottes Gebot Gehorsam zu erwecken[5]. Wenn man Hobbes als Begründer der politischen "Wissenschaft" betrachtet, schlägt Schmitt nun vor, dass er für eine Theorie des Staates völlig irrelevant ist :

"In Wirklichkeit ist Hobbes weder ein Wissenschaftler noch ein Technokrat. Deshalb ist sein Denken für ein Zeitalter der wissenschaftlichen und technischen Zivilisation grundsätzlich ungeeignet, ja inkommensurabel, weil eine Frage wie das Hobbes'sche quis judicabit in keiner Weise mit technischen "objektiven Notwendigkeiten" [Sachgesetzlichkeiten] zu tun hat. Der inhärent kohärente Funktionalismus dieser objektiven Notwendigkeiten eliminiert den Begriff der persönlichen Entscheidung, und zwar vollständig "aus sich selbst heraus", aus seiner eigenen "Logik" heraus, ohne jegliche Entscheidung. In dieser Hinsicht von "Entscheidungen" zu sprechen, wäre genauso absurd wie die Behauptung, die abwechselnd grünen und roten Signale der Verkehrsampeln seien eine Reihe von "Verwaltungsakten" oder Entscheidungen, um sie juristisch zu konstruieren und in ein traditionelles System des Verwaltungsrechts einzufügen – was völlig unwissenschaftlich, weil naiv anthropomorph ist." (Schmitt, 1965: 67)

Im Gegensatz dazu bestand der Wert von Hobbes' Staatstheorie darin, anzudeuten, dass solche kybernetischen Systeme nicht an die Stelle der Politik treten. Schmitt scheint Schelskys soziologischer Analyse der Industriegesellschaft zu folgen, aber nur bis zu einem gewissen Grad, bevor er sie plötzlich verwirft und eine radikal entgegengesetzte Schlussfolgerung zieht: "Wenn das schon im Bereich der unpolitischen Straßenverkehrsordnung klar ist, dann erst recht für den Bereich des Politischen! In der wissenschaftlichen Zivilisation kann man Helmut Schelsky folgen. . . und von der "fiktiven Entscheidungsfindung [Entscheidungssta¨ tigkeit] durch Politiker" sprechen, denen diese hochkomplexen objektiven

Notwendigkeiten die Lo¨ sung ihrer politischen Pflichten vorschreiben. Sehr gut. Diese rationalisierten Ordnungen schreiben Lösungen vor, d. h. sie geben Antworten. Aber an sich können sie keine Fragen stellen, insbesondere nicht die Frage von Thomas Hobbes "quis judicabit". Noch ist keine kybernetische Maschine perfekt genug, um in der Lage zu sein, über ihre eigenen Prämissen hinauszugehen und die Frage quis judicabit? im Sinne der Hobbes'schen philosophia practica zu stellen. Im Vergleich zur Maschine, die selbst Lösungen und Antworten liefert, wird die entscheidende Frage nach quis judicabit? oder quis interpretabitur? als die Frage quis interrogabit? spezifiziert. Es ist die Frage nach dem Wissen, die die Frage stellt und die Maschine programmiert, die an sich außerhalb der Entscheidung bleibt." (Schmitt, 1965: 67-8)

Die kybernetischen Steuerungsmechanismen, die die Governance der Industriegesellschaft definierten und ihre (a)politische Vorstellungswelt prägten, konnten politische Entscheidungen nicht ersetzen. Tatsächlich hat sich der Ort der souveränen Entscheidung verschoben, aber Souveränität ist keine feste Instanz. Die Tatsache, dass Schmitt die Kybernetik im Kontext einer Diskussion über Hobbes behandelte, sollte nicht überraschen. Wenn die technisch-industrielle Gesellschaft den Boden für einen weltweiten Bürgerkrieg bereitet hat, der sich durch die absolute Intensität des Engagements der Antagonisten auszeichnet, dann ist die heutige Situation derjenigen nicht unähnlich, mit der Hobbes konfrontiert war und auf die er mit der Entwicklung einer neuen Staatstheorie reagierte. Die Entwicklung der Kybernetik, die Bedeutung technisch-industrieller Systeme für die Ausrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung und die Erosion politischer Unterscheidungen durch die weltweite Entwicklung der Technologie haben den Weg für eine neue Unordnung geebnet, die nach einer souveränen Entscheidung verlangt. Schmitts Rückbesinnung auf Hobbes in den 1960er Jahren war daher Teil einer schrägen rhetorischen Strategie, die es ihm ermöglichte, die Kulturkritik an der Technologie mit Begriffen neu zu fassen, die

den Kern seiner politischen Theorie bildeten: In einer Situation des globalen Bürgerkriegs, die zum Teil durch den Zusammenbruch der politischen Unterscheidungen unter dem Einfluss der Technologie verursacht wurde, bestand die dringendste Aufgabe darin, die Fähigkeit zum politischen Denken wiederzuerlangen. Für Schmitt bedeutete dies vor allem, dass man sich bewusst werden musste, dass der neue globale Leviathan nicht nur eine seelenlose, mechanistische soziotechnische Ansammlung war, sondern die äußere Fassade einer politischen Entscheidung.

Für Schmitt waren die technisch-rationalen Ordnungen, die für Schelsky Lösungen anboten, nicht in der Lage, Probleme zu formulieren, und löschten daher die Notwendigkeit von Entscheidungen nicht aus. Höchstens war die Entscheidung nun in der Ferne angesiedelt und wurde von diesen soziotechnischen Apparaten verdeckt. Das bedeutete aber nur, dass sie eine bestimmte Entscheidung und Politik verbargen – das heißt, dass die "technologisch zentrierte Fantasie", die die Ersetzung der Politik durch die Technologie postulierte, selbst Politik war. Für Schmitt ist selbst das Ende aller Politik immer noch Politik. Der Fehler von Schelsky, Jünger, Schroers und den Kulturpessimisten aller Couleur war es, das Selbstbild der Industriegesellschaft für bare Münze zu nehmen und den Optimismus der Modernisierungssoziologen einfach in Verzweiflung zu verwandeln. Im Gegensatz zu ihnen setzte Schmitt der Allgegenwart der Technik das Politische entgegen. Dabei handelte es sich nicht um eine soziologische Analyse, sondern um eine politische Stellungnahme. Es hatte in der Tat etwas von einem performativen Sprechakt, dass Schmitt dies tat, um nicht zu sagen, dass er seine Wünsche für Realität hielt: Das Politische war immer präsent, weil Schmitt es sagte, in dem Sinne, dass er ein Element der Diskriminierung und damit der Politisierung wieder einführte.

Schmitts Analyse von Hobbes ermöglicht uns ein besseres Verständnis von Schmitts Ansichten über die Kybernetik. In Schmitts Schriften gibt es nur sehr wenige Hinweise auf Entscheidungstechnologien wie Kybernetik oder Spieltheorie. Wenn sie auftauchen, werden sie als generische Instanzen der Technologie behandelt, oder vielleicht treffender als die extreme Form, die die Technologie annimmt, wenn sie den Anspruch erhebt, die Politik zu ersetzen. Wie das Beispiel der Verkehrsampeln nahelegt, mögen kybernetische Systeme den Anschein von Zweckmäßigkeit und Bestimmtheit erwecken, doch sind sie grundsätzlich unfähig, Entscheidungen zu treffen; die eigentliche Entscheidungsgewalt liegt immer außerhalb von ihnen und überschreitet die Grenzen rationaler Systeme, so wie sich Souveränität durch ihr Übermaß an der von ihr autorisierten Rechtsordnung definiert. Die kybernetische Maschine ist unpolitisch, weil sie lediglich einem internen Programm folgt, über das sie sich nicht erheben kann; sie kann "nicht über ihre eigenen Prämissen hinausgehen". In einer Glosse Schmitts hat Jacques Derrida später diese unvereinbare Spannung zum Ausdruck gebracht, indem er nahelegte, dass eine echte politische Entscheidung grundsätzlich heterogen zu Kalkül und regelähnlichen Protokollen ist. Eine Entscheidung, oder zumindest eine politische Entscheidung, bezieht sich auf Dinge, die nicht kommensurabel sind und die nicht einem gemeinsamen Maß unterworfen und berechnet werden können. Eine Entscheidung, "die nicht die Erfahrung des Unentscheidbaren machen würde, wäre keine freie Entscheidung, sie wäre nur die programmierbare Anwendung oder der kontinuierliche Ablauf eines berechenbaren Prozesses" (Derrida, 1994: 53, 58). Im Zusammenhang mit kybernetischen Systemen von einer Entscheidung zu sprechen, kann nur ein unkorrekter Gebrauch des Begriffs, eine Metapher oder eine konzeptuelle Erweiterung sein.

Überraschenderweise sprach Schmitt der Spieltheorie auch jeglichen politischen Charakter ab, von der man hätte erwarten können, dass sie eher einem Konzept

der Politik ähnelt, das auf Unterscheidungen zwischen Freund und Feind beruht. Die Spieltheorie könnte in der Tat die Art von geregeltem Duell zwischen Herrschern ermöglichen, die Schmitt in Der Nomos der Erde als größte Errungenschaft der klassischen europäischen Ordnung gepriesen hatte. Mit ihrer Fähigkeit, durch antagonistische Iterationen wechselseitige Regelwerke aufzudecken, hätte die Spieltheorie als eine moderne, technische Form der "Einklammerung" von Gewalt angesehen werden können. Stattdessen lehnte Schmitt sie ab. Die Spieltheorie tauchte kurz in Schmitts Antwort von 1963 auf die Kommentare auf, die Leo Strauss 1932 zum Konzept des Politischen geschrieben hatte. Strauss hatte Schmitts Verwendung des Wortes "Unterhaltung" als Symptom für Schmitts Abscheu vor einer Welt, in der die Politik (und damit für Strauss auch der moralische Ernst) abwesend ist, ins Visier genommen[6]. Strauss' Kommentar berücksichtigend, räumte Schmitt später ein, dass seine Verwendung des Begriffs zu salopp war. Stattdessen hätte er den Begriff "Spiel [Spiel]" verwenden sollen, um den Gegensatz zum Ernst zu betonen.

Schmitts Antwort ist etwas rätselhaft und führt nicht aus, warum Spiel-als-Spiel ein präziserer Begriff als "Unterhaltung" gewesen wäre, sondern verweist den Leser auf Hamlet oder Hekuba, seinen kurzen Essay über Hamlet, den er einige Jahre zuvor veröffentlicht hatte. Das Theaterspiel (Spiel), an das Schmitt dachte, war eines, das noch nicht den strengen Regeln von Komposition und Einheit unterworfen war, die das klassische französische Theater definierten und die Fähigkeit der souveränen Macht, Raum und Zeit zu ordnen, widerspiegelten. Es spiegelte die spezifische historische Situation des Shakespeare-Dramas wider, eine turbulente Zeit der Transformation der englischen Monarchie in eine Richtung, die sie mit den absolutistischen Staaten auf dem Kontinent in Konflikt brachte – eine Richtung, die England schließlich zu einer mit dem Meer verbundenen Industriemacht machen sollte. In dieser Situation, in der die monarchische Macht nur existieren konnte, indem sie mit religiösen Gruppen und

sozialen Kräften komponierte, waren die Feindschaftsbeziehungen in der Tat vorpolitisch, und die barocke Dramaturgie der Macht war nicht staatszentriert, wie sie es in Kontinentaleuropa war. Das Shakespeare-Drama war noch in einer primitiven, vorpolitischen Dimension gefangen (eine "barbarische" Dimension, so Schmitt), und sein konkreter historischer Inhalt registrierte diese Bedingungen, in denen die politischen Antagonismen noch nicht auf die Ebene der offiziellen Politik erhoben wurden (Schmitt 2009: 62-4). Das Stück bringt also spezifische Formen von Antagonismen auf die Bühne, die dennoch nicht vollständig politisch sind. Es ist nicht überraschend, dass Hamlet auch ein Stück über Unentschlossenheit ist. Wenn der Begriff "Stück" dem Begriff "Unterhaltung" vorzuziehen gewesen wäre, um eine Welt zu beschreiben, in der die Fähigkeit zu politischen Entscheidungen verschwunden ist, dann in genau diesem Sinne.

Auch wenn dies auf den ersten Blick nichts mit kybernetischer Technologie und Entscheidung zu tun hat, versuchte Schmitt, die Semantik von Spiel weiter zu klären, indem er einen unerwarteten Vergleichsbegriff vorschlug. Spiel als Spiel unterscheidet sich grundlegend von Spiel als Spiel. Es "unterscheidet sich von der mathematischen Theorie der "Spiele", die eine Theorie der Spiele und ihrer Anwendbarkeit auf menschliches Verhalten ist, wie sie in dem Buch von John von Neumann und O. Morgenstern, Theory of Games and Economic Behavior (Princeton University Press, 1947), zum Ausdruck kommt. Hier werden Freundschaft und Feindschaft einfach berücksichtigt und beide unterdrückt, wie beim Schach, wo der Gegensatz von Schwarz und Weiß nichts mit Freundschaft oder Feindschaft zu tun hat" (Schmitt, 1963: 120-1)[7].

Auch wenn das elisabethanische Drama protopolitische Formen der Opposition auf die Bühne bringt, bleiben diese konkret und effektiv, auch wenn sie nicht am Ende auf einen durch einen souveränen Willen geeinten politischen Raum verweisen. Die Spieltheorie hingegen konnte echte Opposition nicht erfassen, weil

sie völlig abstrakt war; sie konnte sich der Politik nicht annähern. Der im Sinne von "Spiel" verwendete Begriff Spiel taucht auch in der Theorie des Partisanen auf, als Schmitt Lenins Konzept des revolutionären Krieges diskutiert. Der revolutionäre Krieg war ein echter Krieg, weil er auf absoluter Feindschaft beruhte – im Gegensatz zum konventionellen europäischen Völkerrecht, das zwar durch gemeinsame Regeln verbundene Gegner anerkannte, sie aber nicht als echte Feinde identifizierte. Lenin unterschied zwischen Voina (Krieg) und Igra' (Spiel) und fand letzteres, so Schmitt, "verachtenswert und lächerlich" (Schmitt, 2007a: 52). Während Schmitt die klassische Klammerung des Krieges, die durch das ius publicum europaeum erreicht wurde, sicherlich bewundert, findet er das stilisierte Duell, dessen Regeln die Spieltheorie angeblich eingefangen hat, nicht weniger verächtlich und lächerlich.

Dies ist umso erstaunlicher, als Schmitt am Ende der Theorie des Partisanen eine neue Möglichkeit der Einklammerung erwähnt hat: Unter nuklearen Bedingungen "könnte ein begrenzter und eingeklammerter Spielraum für einen Krieg mit konventionellen Waffen und sogar Massenvernichtungsmitteln skizziert werden". In dieser Situation könnten sich die Weltmächte in "einen kontrollierten Krieg ... so etwas wie einen Hundekampf" begeben. Es wäre das scheinbar harmlose Spiel einer präzise kontrollierten Irregularität und einer "idealen Unordnung", die insofern ideal ist, als sie von den Weltordnungen manipuliert werden könnte" (Schmitt, 2007a: 79). Der Ausdruck "ideale Unordnung" ist hier im Gegensatz zu einem anderen Begriff zu verstehen, den Schmitt mehrfach verwendet hatte, nämlich dem der "konkreten Unordnung": eine Situation des totalen Konflikts, des Krieges aller gegen alle, der durch eine Entscheidung beendet wurde, indem sie ihre Souveränität demonstrierte (Schmitt, 2004: 62). Eine ideale Unordnung war eine Unordnung, die bereits rationalisiert und daher in Parameter eingefasst war, die gemäß einer strategischen Rationalität manipuliert werden konnten – die Art von formalisiertem Krieg der Geister, den die Spieltheorie lieferte, eine rationale

Ausklammerung von Konflikten, in der die begrenzende Normativität des Regeltyps nicht mehr eine rechtliche, sondern eine algorithmische Form annahm. Und doch blieb dies für Schmitt hinter der Politik zurück.

Der Überblick über Schmitts Diskussion über Technologie in den 1960er Jahren legt nahe, dass er trotz seiner Bemühungen, neue Artikulationen zwischen Politik und Technologie zu denken (wie in der Theorie des Partisanen), letztlich an eine Sicht der Technologie als einer im Wesentlichen entpolitisierenden Kraft gebunden blieb. Nirgendwo wird dies deutlicher als in seinen oberflächlichen und verächtlichen Verweisen auf Kybernetik und Spieltheorie. Schmitt sah nicht, was das Spezifische an diesen technischen Mechanismen des Regierens ist, und zog nicht die Möglichkeit in Betracht, dass diese Technologien nicht der Politik entgegengesetzt sind oder, um es mit seinen Worten zu sagen, "außerhalb der Entscheidung" liegen, sondern vielmehr eine besondere Erweiterung davon sind. Als er die Frage "quis judicabit" in die Frage umwandelte, wer die Maschine programmiert, sprach er eine Schlüsselfrage an, ohne zu erkennen, wie wichtig sie für sein eigenes Argument war. Diese technischen Systeme sind keine externe Ebene oder Schicht für eine vorherige Entscheidung. Vielmehr verleiht ihre Gestaltung einer früheren Entscheidung eine besondere Form und Ausdehnung, während sie sie gleichzeitig verschleiert. Diese technischen Ordnungen ersetzen die Politik keineswegs, sondern sind von ihr durchdrungen und in vielerlei Hinsicht von ihr inspiriert.

Schmitts Beharren darauf, dass der technologische Fortschritt nur "die alten Fragen intensiviert", ohne sie grundlegend zu verändern, und somit die Trennung zwischen Technologie und Politik intakt lässt, hat ihn auch davon abgehalten zu erkennen, wie sehr diese Transformationen einige seiner eigenen Ideen inkorporieren und eine neue Figuration der Autonomie des Politischen bieten. Wie kybernetische Systeme einige der grundlegenden Postulate der Politik

reproduziert haben – Postulate, die den Kern von Schmitts Definition der Politik bildeten – ist die Frage, die ich nun erörtere.

Das neue Gesicht des Dezisionismus: Kybernetik und die Autonomie des Politischen

Auch wenn nichts darauf hindeutet, dass Schmitt mehr als nur oberflächliche Kenntnisse der Kybernetik oder der Spieltheorie hatte, hatte er dennoch gute Gründe, die Entwicklung der Entscheidungswissenschaften und der Systemtheorie mit Misstrauen zu betrachten. Der Begriff des Systems wurde in der Politikwissenschaft gegen die Souveränitätstheorie, die Schmitt verteidigte, und zur Unterstützung eines liberalen Projekts, das er verabscheute, eingeführt[8]. Auf den ersten Seiten von The Political System hatte David Easton angedeutet, dass die Systemtheorie ein Repellent gegen die politische Theologie sei. Das Buch wandte sich gegen die "Stimmung der westlichen Zivilisation, die sich gegen die Anwendung der wissenschaftlichen Vernunft richtet". Die heutige Zeit", schrieb Easton, "könnte der Beginn einer langen Periode des Niedergangs des Glaubens der Menschen an die Vernunft sein". Der Glaube der Aufklärung "an die Fähigkeit der von der wissenschaftlichen Methode implizierten Art der Argumentation, soziale, empirische und sogar moralische Probleme zu lösen" wurde angegriffen (Easton, 1953: 6-7). Easton war besonders besorgt über eine "Bewegung zurück zur Theologie", die spirituelle Ideale betonte, die von der empirischen Vernunft losgelöst waren, und über die Art von "Traditionalismus", bei dem "die Vernunft [...] der größeren Weisheit der Vorurteile, der Tradition und der gesammelten Erfahrung, die zum großen Teil aus der Geschichte bekannt ist, weichen [muss]" (ebd.: 19, 21). Kybernetik und Systemtheorie waren im Wesentlichen gegen das Schmittianische Konzept des Politischen gerichtet.

Zweitens wurde zumindest in der Politikwissenschaft und der politischen Theorie die Kybernetik explizit als Alternative zu dezisionistischen Darstellungen der Politik konzipiert. Obwohl es im Rahmen dieses Abschnitts nicht möglich ist, die komplexe Beziehung zwischen Kybernetik und rationaler Wahl näher zu erläutern, genügt es zu sagen, dass die Theoretiker der Kybernetik ihr Gebiet explizit den Darstellungen menschlichen Handelns als einer kontinuierlichen Sequenz rationaler Handlungen und Entscheidungen entgegengestellt haben. Ein großer Teil der Entwicklungsarbeit der [kybernetischen] Theorien", schreibt John Steinbruner, "war genau auf das Problem gerichtet, sehr erfolgreiches (allgemein als adaptiv bezeichnetes) Verhalten zu erklären, ohne ausgeklügelte Mechanismen der Entscheidungsfindung vorauszusetzen" (Steinbruner, 1974, S. 48). Adaptives und stellvertretendes Lernen, nicht absichtliche Berechnung, war das Grundprinzip der kybernetischen Modelle. Die Vielzahl von Rückkopplungsschleifen, die eine ständige Korrektur ermöglichten, tendierte dazu, jegliche Vorstellung von Entscheidungen in einer offenen Umgebung aufzulösen. Während das Ziel der Kybernetik die unrealistische Vorstellung eines völlig rationalen Rechners war, die von der Theorie der rationalen Wahl angenommen wurde, war jede dezisionistische Vision der Politik ein Kollateralschaden[9]. Die Regelkreise kybernetischer Systeme haben die politische Sphäre abgeflacht, indem sie ihr jeden souveränen terminus ab quo nahmen und es allen Elementen ermöglichten, zum Funktionieren des Systems beizutragen. Aus Schmitts Sicht kann eine derart flache und offene Landschaft, die der Vertikalität und der Transzendenz beraubt ist, nur politisch sein.

Daher war es für Schmitt ein Leichtes, in den Aussagen der Kybernetiker Argumente zu finden, die sein eigenes Misstrauen gegenüber der entpolitisierenden Macht der Technologie zu bestätigen schienen. Er konnte auch Unterstützung in den Aussagen einiger vorsichtigerer Liberaler finden, die wie Judith Shklar der Ansicht waren, dass die Systemtheorien des Politischen "die

Politik entideologisieren" (Shklar 1964: 15). Doch damit unterschrieb Schmitt unkritisch das, was er selbst als "technologieorientierte Phantasie" gebrandmarkt hatte, und verfehlte einige entscheidende Aspekte der Entscheidungswissenschaften, sei es Kybernetik oder Spieltheorie. Dass die Kybernetik oder die Spieltheorie behaupten, die Unordnung und die irrationale Natur der traditionellen Politik durch eine Wissenschaft der Komplexität oder rationalere Entscheidungen zu ersetzen, bedeutet nicht, dass sie dies tatsächlich getan haben. Zunächst einmal haben sie die Politik nie wirklich ersetzt. Aber indem sie den politischen Prozess mit einer mechanistischen, von der Informationstheorie inspirierten Sprache beschrieben, verbargen sie die wahren Entscheidungslogiken hinter einer Fassade dynamischer Gleichgewichte, die aus der Fähigkeit zur Selbststeuerung komplexer Systeme resultierten, die zu verstehen, geschweige denn zu regieren, der einzelne Geist schlecht gerüstet war[10].

Vor allem aber integrierte die Kybernetik alte Steuerungskonzepte, die ihren Teil an politischem Wissen beisteuerten. Dies unterschied die Kybernetik von anderen generischen "Technologien", die der Politik entgegengestellt werden konnten. Indem Schmitt an der Annahme der entpolitisierenden Kraft der Technologie festhielt, hinderte er sich selbst daran, das Spezifische der kybernetischen Modelle der Entscheidungsfindung und des Regierens zu erfassen. Was die Kybernetik und die Spieltheorie laut Schmitt für die Politik so bedrohlich machte, war, dass diese Begriffssprachen der Politik morphologisch ähnlich waren und daher zu nahe kamen, als dass man sich in ihnen wohlfühlen konnte. Die Kybernetik hat im Wesentlichen Entscheidungen durch einen Ersatzzweck ersetzt, wie Systemtheoretiker[11] anerkennen. Politik ist nicht mehr das Ergebnis einer vorherigen, übergeordneten Entscheidung, sondern das Ergebnis systemischer Anpassungen. Welche "Entscheidungen" auch immer in diesen Systemen enthalten sind, es handelt sich um algorithmische Knotenpunkte, die sich immer

auf eine Form von “Input” beziehen; eine eigene Souveränität kann in einem solchen Kontext nicht erlangt werden. Mit anderen Worten: Weil kybernetische Systeme isomorph zur Politik waren und diese gleichzeitig neutralisierten, war die Beziehung zwischen Kybernetik und Politik der Beziehung zwischen Politik und Theologie nicht unähnlich, die Schmitt selbst so sehr zu spezifizieren versucht hatte.

So könnte man die berühmteste Passage aus Schmitts Politischer Theologie paraphrasieren und suggerieren, dass “alle wichtigen Konzepte der modernen Systemtheorie technologisierte politische Konzepte [waren]”. Dies war im Übrigen auch einigen Kybernetikern nicht entgangen. In The Nerves of Government (1963) hatte Karl Deutsch die Ähnlichkeit zwischen den traditionellen Konzepten von Souveränität und der für rationale Systeme charakteristischen Transitivität hervorgehoben. In der Spieltheorie bedeutet Transitivität im Wesentlichen, dass man, wenn man A gegenüber B und B gegenüber C bevorzugt, dann auch A gegenüber C bevorzugt. Politiktheoretische Darstellungen gehen davon aus, dass “das politische Entscheidungssystem eines jeden Landes transitiv sein muss”. Die Spieltheorie geht laut Deustch davon aus, dass es “in jedem politischen System einen klar definierten Ort der letzten Entscheidung geben sollte”, was mit den Schmittianischen Vorstellungen von Souveränität vollkommen vereinbar ist. Tatsächlich haben solche Vorstellungen von politischen Systemen eine offensichtliche Vorgeschichte: Wenn alle wichtigen Entscheidungen an einem Punkt konzentriert sind und die an diesem Punkt getroffenen Entscheidungen tendenziell Vorrang vor allen Entscheidungen an anderen Stellen des Systems haben, kann die Leistung des Systems der Situation konzentrierter Souveränität ähneln, die den absoluten Monarchien im Europa des 17. und 18. Jahrhunderts vertraut war (Deutsch, 1963: 54-5, 209). Deutschs Überlegungen legten nicht nur nahe, dass die Kybernetik ein intellektuelles Projekt war, das breit genug angelegt war, um die herkömmlichen Vorstellungen von Souveränität aufzunehmen und in die Sprache der “Systeme” zu übersetzen, sondern auch, dass die traditionellen

Formen der Politik tatsächlich im Zentrum der Definition kybernetischer Rationalität standen. Wie ich an anderer Stelle hervorgehoben habe, erwiesen sich die Begriffe der "rationalen Wahl", obwohl sie auf den ersten Blick dem ersten Dezisionismus und seinem Antirationalismus zu widersprechen schienen, als durchaus akzeptable Vehikel für einen modernisierten Dezisionismus, der seine Rechtfertigung nicht in der Theologie, sondern in der "wissenschaftlichen" Analyse der Entscheidungsfindung fand[12]. Ein ehemaliger "Dezisionist" (und ehemaliger Schmitt-Schüler) wie der Harvard-Politologe Carl Friedrich hatte keine Schwierigkeiten, die "Rationalität" der rationalen Wahl mit der autoritären Kraft gleichzusetzen, die deliberative Endlosschleifen beendete und die Entscheidung erzeugte – also das dezisionistische Fiat (Friedrich, 1964, S. 180). Weit davon entfernt, den Verfall der staatlichen Gesetzeskraft notwendigerweise zu beschleunigen, indem sie diese für alle möglichen sozialen Beiträge öffnet, könnte die Kybernetik auch selbstreferentielle Darstellungen des politischen Mandats unterstützen: Wie mehrere Kommentatoren festgestellt haben, fand Schmitts Beharren auf der inhaltlichen Unabhängigkeit juristischer Entscheidungen und ihrer Selbstvalidierung später Anklang in Luhmans kybernetischer Konzeption der Reproduktion des Rechtssystems unter autopoietischen Bedingungen (Bolsinger, 1998; Fischer-Lescano und Christensen, 2012). Nichts prädestinierte die Kybernetik nämlich dazu, notwendigerweise gegen die traditionellen Vorstellungen von Macht und souveränen Entscheidungen zu verstoßen, auch wenn sie diese Rolle in bestimmten Kontexten gespielt hat.

Die Rechtstheorie ist nicht der einzige Bereich, in dem die Kybernetik politische Entscheidungen unterstützt hat, anstatt sie zu neutralisieren. In der Theorie der internationalen Beziehungen, der Disziplin, die vielleicht am stärksten von Schmittis Freund-Feind-Unterscheidungen betroffen ist, lieferte der "Neorealismus" ab den 1960er Jahren eine kybernetische Neuinterpretation der traditionellen Konzepte des Machtgleichgewichts und beschönigte damit lediglich

die Notwendigkeit von Entscheidungen hinter dem Anschein eines selbstregulierten internationalen “Systems”, das die Homöostase seiner selbst aufrechterhält, scheinbar unabhängig von individuellen Entscheidungen (Bessner und Guilhot, 2015). Die traditionellen Vorstellungen von Gleichgewicht wurden in einer begrifflichen Abkürzung, die es ermöglichte, historische theologisch-politische Konzepte in kybernetische Begriffe umzuwandeln, in Prinzipien der systemischen oder bipolaren Stabilität umgewandelt. In diesem Sinne hat David Bates in seinem Beitrag zu dieser Sonderausgabe völlig Recht, wenn er die Ähnlichkeiten zwischen Schmitts Katechon und einer kybernetischen, gegenentropischen, Unordnung zurückdrängenden Kraft hervorhebt und unsere Aufmerksamkeit darauf lenkt, dass Schmitts Katechon nur ein Element in der Geschichte der Menschheit ist und nicht das einzige dezisionistische Element im frühen kybernetischen Denken” (Bates, 2020). Doch gerade diese Parallelen sollten uns vor der Versuchung warnen, auf Schmitts dezisionistisches Konzept des Politischen zurückzugreifen, um der neutralisierenden Macht der Entscheidungstechnologien wirksam zu begegnen. Wie wir gesehen haben, hat Schmitts Beharren auf der Verteidigung des Gegensatzes zwischen Politik und Technologie in den 1960er Jahren ihn dazu verurteilt, die Übersetzung einiger seiner eigenen Ideen in die neue politische Sprache der Kybernetik zu verpassen. Unfähig, sich Politik ohne Vertikalität und Transzendenz vorzustellen, sah Schmitt in der Selbstreferenzialität kybernetischer Systeme das Paradebeispiel für Entpolitisierung.

Schmitt erkannte nicht, und konnte vielleicht auch nicht erkennen, dass die kybernetische Vorstellungskraft, die sich der politischen Theorie bemächtigt hatte, eine modernisierte Instanziierung der Autonomie des Politischen war. Als neue soziale Bewegungen auftauchten, die neue Forderungen formulierten und eine wachsende Fähigkeit zur kollektiven Selbstbestimmung zum Ausdruck brachten, garantierte die Verlagerung der Politik in technomanagerielle Systeme die

Isolation der Regierung von sozialen Forderungen; das war in der Tat das Wesen der Schmittianischen Politik. Nur wurde sie nicht mehr in den dezisionistischen Begriffen der “Politik als Entscheidung” dargestellt, die für Schmitts politische Theorie charakteristisch waren, sondern in den Begriffen der “Politik als systemische Komplexität”, die für die Sozialwissenschaften der Nachkriegszeit charakteristisch waren. Die Rekonzeptualisierung kritischer Bereiche wie der Außen- oder Umweltpolitik in kybernetischen Begriffen hat die Notwendigkeit einer realen Entscheidung nicht ausgelöscht, wie die Systemtheoretiker sehr wohl wussten, aber sie hat dazu beigetragen, diese Entscheidungen der demokratischen Überprüfung und Kontrolle zu entziehen, indem sie irgendwo im System die souveräne Fähigkeit aufrechterhielt, über die Ausnahme zu entscheiden (Bessner und Guilhot, 2018).

Im Rückblick ist es in der Tat erstaunlich, dass Schmitt nicht zu erkennen schien, dass die Wissenschaft der Komplexität in erster Linie dazu genutzt wurde, das Politische vor dem Übergriff gesellschaftlicher Kräfte zu bewahren. Einen Eindruck davon kann man sich verschaffen, wenn man eines der politischen Manifeste jener Zeit, den Bericht der Trilateralen Kommission aus dem Jahr 1975, The Crisis of Democracy (Crozier, Huntington und Watanuki, 1975), durchsieht. Das Ziel dieses Berichts war nichts Geringeres als die Wiedergewinnung der Autonomie der Politik gegen neue soziale und demokratische Ansprüche, und er versuchte dies im Namen der systemischen Komplexität zu tun. Seine Autoren argumentierten, dass die Industriegesellschaften unter einer demokratischen Überforderung ihrer Regierungskapazitäten litten. Die traditionellen Mechanismen der demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung konnten nicht angemessen auf die Herausforderungen der hochkomplexen Industriegesellschaften reagieren. Indem die Autoren die Anfälligkeit der Regierung auf ihre abnehmende Fähigkeit zurückführten, in einem Kontext systemischer Komplexität und Interdependenz Entscheidungen zu treffen, bezeichneten sie auch die Zunahme sozialer Gruppen,

die etwas auf dem Spiel haben und sich in den politischen Prozess einmischen, als einen der konträren Aspekte der Regierung in diesem Kontext. In einer solchen Situation, so die Autoren, "müssen Entscheidungen getroffen werden, die weitreichende Konsequenzen haben können, während der Regierungsprozess ... scheinbar nur erratische Ergebnisse hervorbringen kann". Die Regierung der Komplexität kann nicht den demokratischen Mitteln überlassen werden, die zu unordentlich, zu irrational, zu primitiv und schlecht ausgerüstet sind, um mit der Komplexität umzugehen. Ebenso wenig war aber auch ein Rückschritt zu einer autoritären Regierung möglich, da diese die gleichen Mängel aufwies. Wie Steinbruner es ausdrückte: "Eine Gesellschaft, die traditionell darauf bedacht war, die Regierung zu zwingen, um Tyrannei zu vermeiden, muss sich nun um Effizienz kümmern. Selbst wenn sie vollständig erreicht werden könnte, wäre es nicht mehr akzeptabel, einfach den etablierten Prinzipien der Demokratie zu folgen, um zu glauben, dass die Ergebnisse eines solchen Prozesses die bestmöglichen oder sogar akzeptablen sein werden ... Die Erzielung einer effizienten Leistung, ohne in eine neue Form der Tyrannei zu verfallen, ist eine große Herausforderung für die nächsten Jahrzehnte" (Steinbruner 1974: 6-7). Die Kybernetik hatte zwar nichts mit der Bekräftigung der souveränen Entscheidungsfähigkeit zu tun, aber sie diente dennoch demselben Ziel, das Schmitt in den 1920er Jahren skizziert hatte, als er sich gegen die Vereinnahmung des Staates durch soziale und wirtschaftliche Interessen wandte: die Autonomie des Politischen zu bewahren.

Schmitts Kommentare aus den 1960er Jahren über die Technologie und ihre blinden Flecken sollten eher als ein Symptom für die sich verändernde Beziehung zwischen Politik und Technologie gesehen werden, die für das kybernetische Zeitalter charakteristisch ist, als eine zufriedenstellende Abrechnung mit der Regierungstechnologie. Die Kybernetik bietet ein neues Bild der Politik, das über den Gegensatz zwischen Legalismus und Dezisionismus, normativen Regeln und Entscheidungen, Demokratie und Diktatur hinausgeht. Sie hat die traditionelle

Politik nicht so sehr ersetzt, sondern sie vielmehr mit einer neuen Darstellung der Politik überzogen, in der Entscheidungen schwerer zu erkennen sind, weil sie in den technischen Systemen verschwinden, in denen sie sich zunehmend verkörpern. Sie hat auch ein neues Repertoire an Legitimität für politische Entscheidungen bereitgestellt. Aber sie hat die traditionellen Vorstellungen von der Gesellschaft als organisch und einheitlich nicht grundlegend verändert: Sie hat ihnen lediglich eine neue konzeptionelle Formulierung gegeben, die für postindustrielle Gesellschaften besser geeignet ist, wie Lyotard (1984: 12) später betonte[13]. Was Schmitt in den 1960er Jahren als Krise des Politischen erlebte, war also nicht so sehr das Ergebnis des technologischen Fortschritts als vielmehr eine Krise der systemischen Repräsentationen der Gesellschaft. Es ist nicht das geringste Paradoxon in Schmitts Denken zu diesen Fragen, dass der Zeitpunkt, an dem er über die technologische Bedrohung der Politik schrieb, auch der Zeitpunkt des Endes des kybernetischen Moments in den Sozialwissenschaften war. Sowohl der Dezisionismus als auch seine liberalisierten kybernetischen Versionen registrierten die Krise der Institutionen der Moderne und die Entstehung einer neuen soziopolitischen Landschaft, in der die "Information" nicht mehr stabil und kommensurabel genug war, um die Leistungsfähigkeit kybernetischer Systeme oder die Relevanz politischer Steuerung zu gewährleisten.

Nicolas Guilhot

Finden Sie den Originalartikel auf
https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/0952695119864244.

[1] Für eine Diskussion über die trügerischen Hoffnungen, die viele in eine Schmitti'sche Rückkehr zur Autonomie der Politik setzen, siehe Hardt und Negri (2017: 42-6). Heute tritt diese doppelte Einschränkung nirgendwo deutlicher zutage als in der dialektischen Beziehung, die zeigt, wie dezentralisierte und

fluide Konstituenten durchaus mit dem Aufbau einer vertikalen Führung koexistieren können. Diese Dynamik definiert den modernen Populismus, der in den neuen Technologien die nächstliegende materielle Annäherung an eine Entscheidungsaggregation des “Volkes” unter der Führung nicht vermittelter und eher traditioneller Formen der Autorität findet (Dal Lago, 2017).

[2] Schmitt verwendete später ein sehr ähnliches Argument in seiner Kontroverse gegen Erik Peterson. Siehe Schmitt (2008).

[3] Die Partisanentheorie wurde als “revidiertes Konzept des Politischen” bezeichnet (Caygill, 2013: 106).

[4] Damit kritisierte Schelsky die Lesart, die Schmitt 1938 von dem Philosophen vorgenommen hatte. Zu der radikalen Veränderung, die die Hobbes-Studien im Dritten Reich erfuhren, siehe den bemerkenswert reichhaltigen Artikel von Tomaz Mastnak (2015).

[5] “Die Staatstheorie von Thomas Hobbes ist Teil seiner politischen Theologie” (Schmitt 1965: 52).

[6] “Der Grund, warum Schmitt das Politische bejaht, und vor allem die Tatsache, dass er es bejaht und sich nicht damit begnügt, es als real oder notwendig anzuerkennen, wird am deutlichsten in seiner Polemik gegen das Ideal, das der Negation des Politischen entspricht. Letztendlich lehnt Schmitt dieses Ideal keineswegs als utopisch ab – er sagt ja auch, dass er nicht weiß, ob es nicht doch verwirklicht werden kann -, sondern er verabscheut es [...]. Man versteht also, warum Schmitt das Ideal des Pazifismus (grundlegender: der Zivilisation) ablehnt, warum er das Politische bejaht: Er bejaht das Politische, weil er in dem bedrohten Status des Politischen eine Bedrohung für den Ernst des menschlichen Lebens sieht” (Strauss 2007: 116-17).

[7] Schmitt verwendete im englischen Original “games”.

[8] Zum Werdegang dieses Begriffs in den Sozialwissenschaften der Nachkriegszeit siehe Heyck (2015).

[9] Nicht zuletzt, weil die Theorie der rationalen Wahl einen zivilisierten Ersatz für das klassische Entscheidungssystem bot. Siehe zum Beispiel Shklar (1964).

[10] Dieser Aspekt wird in Bessner und Guilhot (2015) ausgeführt.

[11] Siehe die Diskussion in von Bertalanffy (1968).

[12] Siehe Bessner und Guilhot (2018), insbesondere die Einleitung.

[13] Wie Stefanos Geroulanos und Leif Weatherby in ihrem Beitrag zu dieser Sonderausgabe zeigen (Geroulanos und Weatherby, 2020).

Bibliografie

Bates, D. (2020) ‘The Political Theology of Entropy: A Katechon for the Cybernetic Age’, History of the Human Sciences33(1): 109-27.
Bell, D. (2000) The End of Ideology: On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties (Das Ende der Ideologie: Über die Erschöpfung politischer Ideen in den Fünfzigerjahren). Cambridge, MA: Harvard University Press.
Bessner, D. and Guilhot, N. (2015) ‘How Realism Waltzed Off: Liberalism and Decisionmaking in Kenneth Waltz’s Neorealism’, International Security 40(2): 87-118.
Bessner, D. and Guilhot, N., eds (2018) The Decisionist Imagination: Sovereignty, Social Science and Democracy in the 20th Century. Oxford: Berghahn Books.
Bolsinger, E. (1998) ‘Was ist Dezisionismus? Rekonstruktion eines autonomen

Typs politischer Theorie' [What is Decisionism? Reconstruction of an Autonomous Model of Political Theory], Politische Vierteljahresschrift 39(3): 471-502.
Caygill, H. (2013) On Resistance: A Philosophy of Defiance. London: Bloomsbury.
Crozier, M. J., Huntington, S. P., and Watanuki, J. (1975) The Crisis of Democracy: Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission (Die Krise der Demokratie: Bericht über die Regierungsfähigkeit von Demokratien an die Trilaterale Kommission). New York, NY: New York University Press.
Dal Lago, A. (2017) Populismo digitale. La crisi, la rete e la nuova destra [Digital Populism: The Crisis, the Network, and the New Right]. Mailand: Raffaello Cortina.
Derrida, J. (1994) Force de loi [Force of Law]. Paris: Galilée.

original hier: https://entetement.com/le-leviathan-automatique-cybernetique-et-politique-dans-les-ecrits-dapres-guerre-de-carl-schmitt/

Deutsch, K. W. (1963) The Nerves of Government: Models of Political Communication and Control. New York: The Free Press.
Easton, D. (1953) The Political System: An Inquiry Into the State of Political Science (Das politische System: Eine Untersuchung zum Stand der Politikwissenschaft). New York: Alfred A. Knopf.
Fischer-Lescano, A. and Christensen, R. (2012) 'Auctoritatis Interpositio: How Systems Theory Deconstructs Decisionism', Social & Legal Studies 21(1): 93-119.
Friedrich, C. J. (1964) 'On Rereading Machiavelli and Althusius: Reason, Rationality, and Religion', in C. J. Friedrich (Hrsg.) Rational Decision. New York: Prentice Hall, S. 177-96.
Geroulanos, S. and Weatherby, L. (2020) 'Cybernetics and the Human Sciences', History of the Human Sciences 33(1): 3-11.
Hardt, M. und Negri, A. (2017) Assembly. New York: Oxford University Press.
Heyck, H. (2015) Age of System: Understanding the Development of Modern Social Science. Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.
Jünger, E. (1960) Der Weltstaat: Organismus und Organisation [The World State:

Organism and Organisation]. Stuttgart: Ernst Klett.

Löwith, K. (1995) “The Occasional Decisionism of Carl Schmitt”, in R. Wolin (Hrsg.) Martin Heidegger and European Nihilism. New York: Columbia University Press, S. 128-69.

Lyotard, J.-F. (1984) The Postmodern Condition: A Report on Knowledge, trans. G. Bennington und B. Massumi. Manchester: Manchester University Press.

Malaparte, C. (2011) Tecnica del colpo di stato [Die Technik der Revolution]. Mailand: Adelphi. Mastnak, T. (2015) ‘Hobbes in Kiel, 1938: From Ferdinand To ̈nnies to Carl Schmitt’, History of European Ideas 41(7): 966-91.

Müller, J.-W. (2010) ‘Re-imagining Leviathan: Schmitt and Oakeshott on Hobbes and the Problem of Political Order’, Critical Review of International Social and Political Philosophy 13(2-3): 317-36.

Schelsky, H. (1961) Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation [Man in Scientific Civilization]. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Schmitt, C. (1963) “Der Begriff Des Politischen: Text Von 1932 Mit Einem Vorwort Und Drei Corollarien’ [Der Begriff des Politischen], 3rd ed. Berlin: Duncker & Humblot, S. 120-21. Schmitt, C. (1965) “Die vollendete Reformation. Bermerkungen und Hinweise zu neuen Leviathan-Interpretationen’ [The Reformation Complete: Remarks and Commentaries on Some New Interpretations of The Leviathan], Der Staat 4(1): 51-69.

Schmitt, C. (1988) “Der Begriff des Politischen. Vorwort von 1971 zur italienischen Ausgabe’ [The Concept of the Political: Preface to the 1971 Italian Edition], in H. Quaritsch (Hrsg.) Complexio Oppositorum: Über Carl Schmitt [Complexio Oppositorum: On Carl Schmitt]. Berlin: Duncker & Humblot, S. 269-73.

Schmitt, C. (2004) On the Three Types of Juristic Thought, trans. J. W. Bendersky. Westport: Praeger.

Schmitt, C. (2007a) The Concept of the Political, trans. G. Schwab. Chicago: Chicago University Press.

Schmitt, C. (2007b) Theory of the Partisan: Intermediate Commentary on the

Concept of the Political, trans. G. L. Ulmen. New York: Telos Press.

Schmitt, C. (2008) Political Theology II: The Myth of the Closure of Any Political Theology (Politische Theologie II: Der Mythos der Abgeschlossenheit jeder politischen Theologie), trans. M. Hoelzl und G. Ward. Cambridge: Polity.

Schmitt, C. (2009) Hamlet or Hecuba: The Intrusion of the Time Into the Play, trans. D. Pan und J. R. Rust. New York: Telos Press.

Schmitt, C. (2014) Dictatorship, trans. M. Hoelzl und G. Ward. Cambridge: Polity.

Schroers, R. (1961) Der Partisan. Ein Beitrag zur politischen Anthropologie [The Partisan: An Essay in Political Anthropology]. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Shklar, J. N. (1964) "Decisionism", in C. J. Friedrich (Hrsg.) Rational Decision. New Brunswick, NJ: Transaction, S. 3-17.

Steinbruner, J. D. (1974) The Cybernetic Theory of D

ARCHIVE

Monat auswählen